

## Eliten in der Bundesrepublik: Kartell der Angst, Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten?

Hoffmann-Lange, Ursula

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoffmann-Lange, U. (1989). Eliten in der Bundesrepublik: Kartell der Angst, Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten? In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 238-261). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337953>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Eliten in der Bundesrepublik: Kartell der Angst, Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten?

Ursula Hoffmann-Lange

### 1. Einleitung

Der Charakter der Eliten ist ein wesentlicher Bestandteil der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Viele sozialwissenschaftliche Theorien schreiben den Eliten eine wesentliche Rolle für gesellschaftliche Entwicklungen zu, insbesondere für das Funktionieren liberal-demokratischer Institutionen (z. B. Field und Higley, 1980)<sup>1</sup>). Angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik und der anfänglichen Unsicherheit über die Zukunft demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik ist es daher nicht überraschend, daß deutsche Eliten ein beliebter Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung geworden sind. So gibt es mehr Studien über deutsche Eliten als über die anderer Länder. Im Verlauf der letzten fünfundsiebenzig Jahre ist die kleine Zahl älterer historischer Elitestudien durch neue historisch-soziologische Analysen beträchtlich erweitert worden (z.B. Zapf, 1965; Nagle, 1977; Fischer, 1979; Baum, 1981; Herf, 1984; Best, 1988). Darüber hinaus haben mehrere umfassende Untersuchungen bundesrepublikanischer Eliten eine breite empirische Datenbasis geschaffen, die ihresgleichen sucht (Deutsch und Edinger, 1959; Deutsch et al., 1967; Wildenmann, 1968; von Beyme, 1971; Herzog, 1975; Hoffmann-Lange et al., 1980; Wildenmann et al., 1982).

Die Fülle des verfügbaren Materials über deutsche und besonders bundesdeutsche Eliten lädt zu dem Versuch ein, Wandlungen in diesen Eliten über die letzten hundert Jahre zu verfolgen. Allerdings war bislang Ralf Dahrendorf der einzige Autor, der eine umfassende Analyse der historischen Rolle deutscher Eliten unternommen hat. Dahrendorf widmete volle fünf Kapitel seines Buches "Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" (1965: Kap. 15 - 19) der Diskussion des speziellen Charakters deutscher Eliten und ihres Beitrags zum Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Seine Analyse umfaßt den Zeitraum von 1871 bis 1965. Systematische empirische Daten waren dabei nur eine der von Dahrendorf verwendeten Quellen. Er ergänzte diese durch anderes Material und allgemeine elitetheoretische Überlegungen. Dies ist vermutlich der Grund, warum

1) Eliten spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Theorie der Konkordanzdemokratie (consociational democracy), deren Hauptanliegen die Erklärung der Stabilität demokratischer Institutionen in subkulturell segmentierten ('plural') Gesellschaften ist. "Plural societies may enjoy stable democratic government if the political leaders engage in coalescent rather than adversarial decision-making." (L i p h a r t, 1977: 100). Die politische Kultur der Weimarer Republik wird normalerweise als fragmentiert (ibid.: 117) charakterisiert, was impliziert, daß der Zusammenbruch demokratischer Institutionen in der Weimarer Republik zumindest teilweise der Unfähigkeit der deutschen Eliten zur Zusammenarbeit zugeschrieben wird.

seine Aussagen über den Charakter deutscher Eliten bis heute weitgehend unangefochten geblieben sind.

Nach über zwanzig Jahren scheint jedoch die Zeit gekommen, Dahrendorfs Thesen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dies ist umso notwendiger, als er eine ausgeprägte Kontinuität traditioneller Strukturen betonte. Angesichts der Tatsache, daß seine Datenbasis für die Eliten der Bundesrepublik vom Ende der fünfziger Jahre stammt -- aus einer Zeit, als die Bundesrepublik gerade zehn Jahre alt war --, ist die Frage angebracht, welche seiner Schlußfolgerungen nach wie vor zutreffen und welche zeitgebunden waren und daher revidiert werden müssen. Zudem werden im folgenden auch einige seiner theoretischen Annahmen im Lichte neuerer empirischer Ergebnisse und theoretischer Entwicklungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen sein.

## 2. Dahrendorfs Elitetheorie

Eine eingehende Analyse der Beziehungen zwischen dem Charakter der deutschen Eliten und der Stabilität demokratischer Institutionen setzt zunächst eine Definition des Elitebegriffs voraus. In den Sozialwissenschaften herrscht Einigkeit darüber, Eliten über ihren Einfluß auf strategische gesellschaftliche Entscheidungen zu definieren (vgl. dazu Hoffmann-Lange, 1989; Higley et al., 1979: 3; Scheuch, 1973: 1028; Dahrendorf, 1965: 246). Da moderne Gesellschaften sich durch einen hohen Grad an Komplexität auszeichnen und eine große Zahl mächtiger Organisationen umfassen, ist es dabei notwendig, Personen in einer Vielzahl von Sektoren und Organisationen zu berücksichtigen.

Der Elitebegriff spielt eine bedeutsame Rolle im Kontext von zwei unterschiedlichen theoretischen Paradigmen, die sich mit grundlegenden Problemen gesellschaftlicher Integration befassen. Dies sind:

- das radikal-demokratische Paradigma und
- das pluralistische Paradigma.

Das radikal-demokratische Paradigma betrachtet die Trennung von Eliten und Nicht-Eliten als zentrales Merkmal aller Gesellschaften. Dies impliziert die Annahme, daß Gesellschaften sich durch ein geringes Ausmaß an vertikaler Integration auszeichnen und das Grundproblem gesellschaftlicher Integration dementsprechend in der Tendenz der Eliten besteht, Eigeninteressen zu entwickeln und sich demokratischer Kontrolle zu entziehen. Die marxistische Klassentheorie ebenso wie die Machtelitentheorie sind Beispiele für dieses Paradigma (u.a. Mills, 1956, Domhoff, 1983, Miliband, 1969).

Die Vertreter der Pluralismusthese halten vertikale Integration hingegen nicht für ein zentrales Problem moderner Demokratien. Obwohl sie die Existenz eines Machtgefälles durchaus konzedieren, betrachten sie diese Gesellschaften als geschichtet und nicht als in zwei antagonistische Klassen gespalten. Ihrer Ansicht nach ist ein weit wichtigeres Charakteristikum moderner Gesellschaften deren hoher Differenzierungsgrad. Diese soziale Differenzierung wirft wiederum das

Problem horizontaler Integration auf. Moderne Organisationen setzen ihre eigenen Kriterien der Personalrekrutierung und -beförderung. Diese schaffen 'abstrakte' nationale Eliten, d. h. Inhaber von Führungspositionen, die ihren Elitestatus in erster Linie ihrer Machtposition in einer Organisation verdanken, jedoch sonst wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Solche Eliten bilden daher nicht automatisch auch eine kohäsive soziale Gruppe.

Es ist offensichtlich, daß ein Mangel an Elitenintegration potentielle Probleme für das Funktionieren moderner Gesellschaften schafft, da es für eine nicht hinreichend integrierte Elite schwierig ist, kollektive Entscheidungen für die Gesellschaft als Ganzes zu treffen und dabei die Interessenkonflikte verschiedener Machtzentren zu überbrücken. Damit erhebt sich die Frage, wie angesichts der Existenz einer großen Anzahl autonomer Organisationen und damit auch autonomer Führungsgruppen Elitenintegration überhaupt gewährleistet werden kann (vgl. u.a. Dahl, 1958; Keller, 1963).

Es war notwendig, diese beiden Paradigmen hier kurz einzuführen, da Dahrendorf versucht, beide in eine umfassende Elitetheorie zu integrieren. Er betrachtet weder vertikale noch horizontale gesellschaftliche Integration als automatisch gegeben, hält jedoch beide in einer liberalen und demokratischen Gesellschaft für unverzichtbar. Diese impliziert, daß eine liberal-demokratische Elite die folgenden zwei Charakteristika aufweist:

- sie zeichnet sich durch ein hohes Maß an sozialer Kohäsion aus und
- sie ist politisch multiform, d. h. sie gibt "der konkurrierenden Vielfalt sozialer Strömungen Ausdruck" (1965: 259). Dahrendorfs Theorie involviert eine Elitentypologie, die er von einer Kreuztabellierung zweier Faktoren ableitet und in einer Vierfeldertafel darstellt (1965: 259):

	<i>Politische Haltung</i>	
<i>Soziale Gestalt</i> etabliert	uniform autoritäre Elite	multiform liberale Elite
abstrakt	totalitäre Elite	?

Mit Hilfe dieser Typologie analysiert Dahrendorf die historische Entwicklung deutscher Eliten (1965: Kap. 15). Er beginnt mit der Elite des deutschen Kaiserreichs, die er als autoritäre Elitenformation charakterisiert. Sie wurde durch den preußischen Adel dominiert, während ihr modernes Element, die Wirtschaftselite, keine wichtige politische Rolle spielte. Mit dem Übergang zur Weimarer Republik kamen dann neue Gruppen zur Macht. Dies führte zu einer größeren Heterogenität der Elite, deren politische Haltung nun nicht länger homogen, sondern multiform war. Diese Elite blieb jedoch abstrakt, da es ihren Mitgliedern an sozialer Kohäsion mangelte. Die hierdurch geschaffenen Regierungsprobleme erzeugten ein Machtvakuum, in das schließlich die totalitäre Nazielite

eindrang. Der größte Teil der Dahrendorfschen Analyse beschäftigt sich dann mit dem Charakter der Eliten in der Bundesrepublik. Während es den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen würde, Dahrendorfs historische Analysen einer detaillierten Würdigung zu unterziehen, sollen im folgenden seine Schlussfolgerungen hinsichtlich der Eliten der Bundesrepublik diskutiert werden. Dabei wird zunächst die erste der oben aufgeworfenen Fragen untersucht, nämlich die Frage nach der vertikalen Integration in der Bundesrepublik.

Die Daten, auf denen die folgende Analyse basiert, stammen von einer 1981 durchgeführten Elitenumfrage<sup>2)</sup>. Die Studie definierte zunächst 3.580 Führungspositionen in einer Vielzahl von Sektoren. Innerhalb jedes Sektors wurden die wichtigsten Organisationen ausgewählt, und innerhalb jeder Organisation wurden die Inhaber der formal höchsten Entscheidungspositionen um ein persönliches Interview gebeten. Tabelle 1 enthält die Anzahl der Positionen und Befragten, aufgeschlüsselt nach Sektoren. Aufgrund von Ämterkumulation ist die Zahl der Positionsinhaber jeweils etwas geringer als die Anzahl der Positionen.

### 3. Die soziale Herkunft westdeutscher Eliten

Kritische Sozialwissenschaftler messen dem Ausmaß der Offenheit der Elitenrekrutierung große Bedeutung bei. Dieses wird dabei in der Regel durch einen Vergleich der Verteilungen demographischer Merkmale in Eliten und Bevölkerung gemessen, d.h. durch die Analyse der sozialen Repräsentativität der Eliten. Eine schmale Rekrutierungsbasis der Eliten, d.h. ihre Rekrutierung überwiegend aus der Oberschicht und Oberen Mittelschicht, wird gemeinhin als Indikator dafür interpretiert, daß Personen aus der Unterschicht der Zugang zu den Machtpositionen einer Gesellschaft versperrt ist.

Die verfügbaren Daten über Elitenrekrutierung in allen bekannten Gesellschaften zeigen nun, daß Eliten überall überproportional den privilegierten Gruppen angehören (Putnam, 1976: Kap. 2). Tabelle 2 ist zu entnehmen, daß dies auch für die Bundesrepublik gilt, und zwar im Hinblick auf vier Merkmale: Geschlecht, soziale Klassenherkunft, Religion und Ausbildung. In der Tabelle sind zwei unterschiedliche Vergleichsgruppen ausgewiesen: Die Erwerbstätigen ab 40 Jahren sowie die gesamte erwachsene Wohnbevölkerung<sup>3)</sup>. Der Grund für die

2) Diese Umfrage war ein zentraler Bestandteil des Forschungsprojektes "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981", das Anfang der 80er Jahre an der Universität Mannheim durchgeführt wurde. Sie umfaßte 1.744 persönliche Interviews mit Inhabern von Führungspositionen in der Bundesrepublik. Das Gesamtprojekt wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert. Projektleiter waren Rudolf Wildenmann, Max Kaase und die Autorin.

3) Alle Daten sind Umfragedaten und daher nicht so zuverlässig wie Zensusdaten. Sie weichen jedoch nicht dramatisch von der tatsächlichen Verteilung dieser vier Variablen in der Bevölkerung der Bundesrepublik ab. Der Datensatz umfaßt die Ergebnisse von neun Bevölkerungsumfragen, die zwischen 1976 und 1979 von ZUMA, Mannheim, durchgeführt wurden. Die Zusammenfassung mehrerer Umfragen hat dabei den Vorteil, daß sie eine grös-

Tabelle 1:

Sektorkomposition und Ausschöpfungsraten in der Studie "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981"

Sektor	Positionen		Positions- inhaber		Befragte		Aus- schöpfung
	n	%	n	%	n	%	%
Politik	539	15.1	452	14.3	274	15.7	60.6
Verwaltung	479	13.4	471	14.9	296	17.0	62.8
Wirtschaft	837	23.4	688	21.7	285	16.3	41.4
Wirtschaftsverbände	394	11.0	296	9.4	174	10.0	58.8
Gewerkschaften	155	4.3	155	4.9	87	5.0	56.1
Massenmedien	376	10.5	354	11.2	222	12.7	62.7
Wissenschaft	209	5.8	179	5.7	130	7.5	72.6
Militär	172	4.8	172	5.4	43	2.5	25.0
Kultur	188	5.3	180	5.7	104	6.0	57.8
Sonstige(1)	231	6.5	218	6.9	129	7.4	59.2
Insgesamt	3.580	100.1	3.165	100.1	1.744	100.1	55.1

1) Berufsverbände, Verbraucherverbände, Justiz, Kirchen, kommunale Eliten. Zusätzlich auch einige Befragte, die während des Befragungszeitraums ihre Eli-  
tension verloren.

Einbeziehung beider Vergleichsgruppen ist, daß praktisch alle Eliten zur ersten Gruppe gehören, die wiederum selbst nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, da sie einen beträchtlichen Teil der erwachsenen Wohnbevölkerung ausblendet: Hausfrauen, Arbeitslose und Rentner. Ein Vergleich der beiden

sere Befragtenzahl umfaßt und damit stabilere Ergebnisse liefert. Dies ist besonders wichtig für Bevölkerungsgruppen, die in den Standardumfragen mit einer nur kleinen Anzahl von Fällen vertreten sind, z.B. Personen mit Abitur.

Gruppen erklärt damit bereits einen Teil der Unterrepräsentation von Frauen in den Eliten.

Dahrendorf, der ein traditioneller Verfechter des Prinzips der Chancengleichheit ist, kritisiert mehrfach die traditionell schmale soziale Basis, aus der sich die (west)-deutschen Eliten –mit Ausnahme der Politiker– rekrutieren (1965: Kap. 17). Die neueren Daten zeigen jedoch, daß sich dies in den letzten zwanzig Jahren deutlich geändert hat. Auch wenn die Eliten der Bundesrepublik immer noch überwiegend aus der Oberen Mittelschicht stammen, ist der Anteil derer aus Arbeiterfamilien bis 1981 auf dreizehn Prozent gestiegen, und weitere dreizehn Prozent kommen aus der Schicht der einfachen Angestellten.

Ehe man aus diesen Daten jedoch Schlüsse bezüglich der Offenheit der Elitenrekrutierung in der Bundesrepublik ziehen kann, ist die fundamentale normative Frage zu beantworten, in bezug auf welche Faktoren eine Repräsentativität der Eliten überhaupt für wünschenswert gehalten wird. Während nämlich die Unterrepräsentation von Personen aus Arbeiterfamilien vielfach als Ausdruck ungleicher Aufstiegschancen gewertet und beklagt wird, sind die meisten Beobachter weit weniger geneigt, den durchweg hohen Ausbildungsstatus der Eliten zu problematisieren. Andererseits sind jedoch die Ausbildungschancen zu einem erheblichen Teil durch die soziale Herkunft determiniert. Will man herausfinden, ob die Herkunft aus der Arbeiterklasse als solche für eine Berufskarriere oder politische Karriere von Nachteil ist, ist es daher erforderlich, statistisch für diesen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zu kontrollieren.

Eine solche Kontrolle zeigt, daß in der Bundesrepublik die soziale Herkunft keinen direkten Einfluß auf den Aufstieg in die Eliten hat. Der Anteil von Personen aus der Arbeiterklasse in den Eliten in erster Linie auf deren geringere Bildungschancen zurückzuführen ist, nicht jedoch auf irgendwelche darüber hinausgehende Diskriminierung. Obwohl die Zahlen in Tabelle 3 kein Ersatz für systematische vergleichende Studien über die Aufstiegschancen verschiedener Gruppen in westlichen Demokratien sein können, zeigen sie noch deutlich, daß die Eliten der Bundesrepublik im Hinblick auf ihre soziale Herkunft auf jeden Fall nicht weniger repräsentativ sind als ihre amerikanischen Kollegen. Im Vergleich zu anderen Ländern scheint vielmehr ein anderes Ergebnis bemerkenswerter. Dies ist, daß die Väter von 37,5 Prozent der Eliten im Öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Obwohl es sicherlich nicht mehr berechtigt ist, den westdeutschen Öffentlichen Dienst als einen Hort des Konservatismus zu bezeichnen<sup>4)</sup>, scheint er doch mehr als andere Tätigkeitsbereiche Karriereaspirationen zu befördern.

4) Vgl. Steinkemper, 1974, über die Verwaltungselite.

Tabelle 2:

Demographische Merkmale von Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik

(Spaltenprozentwerte, fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Eliten	Erwerbstätige ab 40 Jahren	Gesamtbevöl- kerung ab 18 Jahren
<i>Befragtenzahl</i>	1.744	3.815	18.984
<i>Geschlecht</i>			
männlich	97.2	76.6	45.1
weiblich	2.8	23.4	54.9
<i>Soziale Klassenherkunft</i>			
Größere Selbständige (1)	8.6	1.8	1.6
kleinere Selbständige (2)	11.1	11.1	9.8
Selbständige ohne Angestellte	8.5	16.6	14.4
Höhere Angestellte	45.1	10.6	11.8
Einfache Angestellte	13.4	15.9	16.8
Arbeiter mit Leitungsfunktion	5.2	7.8	7.4
Arbeiter ohne Leitungsfunktion	8.2	36.2	38.1
<i>Konfession</i>			
protestantisch	52.3	52.1	51.3
römisch katholisch	29.9	39.9	41.5
keine	17.7	8.0	7.2



*Ausbildung*

Hauptschule	5.1	65.4	66.6
Mittlere Reife	9.8	23.7	24.2
Abitur	85.1	10.9	9.2

---

(1) 10 und mehr Angestellte

(2) 2 - 9 Angestellte

Tabelle 3:

Vergleich der sozialen Klassenherkunft von Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik und den USA

(Spaltenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Bundesrepublik (1)		USA (2)	
	Bevölkerung	Eliten	Bevölkerung	Eliten
Größere Selbständige	1.8	8.6	1.6	21.3
Kleinere Selbständige (3)	27.7	19.6	10.1	27.3
Angestellte und Arbeiter mit Lei- tungsfunktion (4)	18.4	50.3	37.4	35.4
Einfache Ange- stellte und Arbeiter (5)	52.1	21.6	49.2	16.0

(1) Die Bevölkerungsdaten beziehen sich auf die erwerbstätige Bevölkerung ab 40 Jahren.

(2) Quelle: Moore und Alba (1982).

(3) Selbständige bis 10 Angestellte.

(4) Kategorien 4 und 6 von Tabelle 2.

(5) Kategorien 5 und 7 von Tabelle 2.

Während ungleiche Bildungschancen hinreichend sind, die Unterrepräsentation von Personen aus der Arbeiterklasse in den Eliten zu erklären, tragen sie wenig dazu bei, das fast vollständige Fehlen von Frauen und die auffällig niedrige Zahl von Katholiken plausibel zu machen. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich nämlich in ihrem Bildungsniveau kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt. Die Ursachen für ihre geringeren Aufstiegschancen in die Eliten sind allerdings mittels eines Vergleichs von Eliten und Gesamtbevölkerung nicht hinreichend zu klären. Vielmehr wären dafür umfassende Mobilitätsuntersuchungen notwendig. Die soziale Komposition der Eliten ist schließlich nur das Resultat gesamtgesellschaftlicher Mobilitätsprozesse und hat letztendlich nur wenig mit der Elitenrolle als solcher zu tun.

#### 4. Repräsentation in der Bundesrepublik

Die mangelnde Repräsentativität von Eliten wird vielfach als Indikator für die Existenz eines problematischen Repräsentationsdefizits betrachtet, d.h. im Alltagsverständnis geht man in der Regel davon aus, daß die vorherrschenden Mobilitätsbarrieren zugleich eine angemessene Repräsentation der Interessen unterprivilegierter Gruppen durch die Eliten verhindern. Dies beruht auf der impliziten Annahme, daß die soziale Herkunftsklasse einer Person deren politische Interessen determiniert. Alle verfügbare empirische Evidenz spricht allerdings gegen die Gültigkeit dieser These. Danach hat die familiäre Herkunft bestenfalls einen indirekten Einfluß auf die politischen Präferenzen von Eliten, nämlich über ihre Berufswahl (vgl. Edinger und Searing, 1967; Schleth, 1971). Deren politische Präferenzen sind demgegenüber viel stärker durch den Situs beeinflusst, d.h. durch die organisatorische Umgebung, in der sie tätig sind.

Das Ergebnis, daß die soziale Herkunft für die politischen Präferenzen der Eliten weniger relevant ist als der gegenwärtige soziale Status, findet seine Entsprechung im wahlsoziologischen Untersuchungen. Auch dort wird ja normalerweise nur der Einfluß des gegenwärtigen sozialen Status untersucht, die Herkunftsklasse dagegen meist überhaupt nicht in Betracht gezogen. Die Notwendigkeit, diese beiden Faktoren auseinanderzuhalten, wird allerdings in der Praxis leicht übersehen, da beide empirisch eng zusammenhängen, was sich schon aus dem oben diskutierten Zusammenhang zwischen Herkunftsklasse und Bildungschancen ergibt. Daraus folgt, daß die Frage der Repräsentativität der Eliten von der Frage der Repräsentation zu trennen ist, d.h. von der Frage, in welchem Ausmaß sich die politischen Überzeugungen und Wünsche der Bürger in den politischen Einstellungen der Eliten widerspiegeln.

Neben der sozialen Herkunft sind auch die berufliche Ausbildung und die Karrieren von Eliten vielfach in der Erwartung untersucht worden, daß sie nicht nur deren berufsbezogene, sondern auch ihre politische Präferenzen beeinflussen. Ein besonders herausragendes Beispiel einer solchen Analyse ist Dahrendorfs These von der Dominanz der Juristen in der deutschen Elite (1965: Kap. 16).

Juristen stellen nun in der Tat auch heute noch die größte Berufsgruppe in den Eliten der Bundesrepublik (1981: 29.7 %), obwohl ihr Anteil gegenüber früheren Studien stark zurückgegangen ist. 1972 war dieser noch fast zehn Prozent höher (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 68), und Dahrendorf schätzte ihn 1965 sogar auf etwa fünfzig Prozent (1965: 262).

Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen setzen allerdings die Annahme voraus, daß das juristische Studium eine homogene Geisteshaltung produziert, die spätere Berufserfahrungen transzendiert. Dies ist in der Tat der Kern der Dahrendorfschen These (1965: 271). Er argumentiert, daß dem deutschen Recht als kodifiziertem Recht "eine unbändige Sehnsucht nach Gewißheit" innewohnt, die die Juristen daran hindert, auf "Diskussion und Kritik" zu vertrauen (1965: 269). Deutsche Juristen werden von ihm daher als überwiegend konservativ und dogmatisch charakterisiert. Diese Einschätzung ist jedoch in dieser apodiktischen Form mit Sicherheit nicht länger gerechtfertigt, da die juristischen Fakultäten in der Bundesrepublik sich im Gefolge der Bildungsreformen der 70er Jahre – und nicht zuletzt auch als Antwort auf Dahrendorfs Kritik – nicht unbeträchtlich gewandelt haben. Jüngere Juristen in der Bundesrepublik sind daher nicht mehr durchgängig konservativer als die Absolventen anderer Studienzeige (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 69f.).

Selbst wenn jedoch das Studienfach tatsächlich eine gemeinsame Juristenmentalität befördern sollte, so beeinflußt diese offensichtlich nicht die für politische Entscheidungsprozesse zweifellos wichtigste politische Präferenz, nämlich die Parteipräferenz. In unserer Elitenumfrage 1981 ließ sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteipräferenzen der Juristen und denen anderer befragter Elitemitglieder feststellen. Dasselbe gilt vermutlich auch für die übrigen Berufsgruppen in den Eliten. Solange berufliche Ausbildung, spätere Berufserfahrung und ein politisch homogenes berufliches Umfeld nicht eng miteinander verbunden sind, wie z.B. im Militär, kann man nicht erwarten, daß die Berufsausbildung irgendeinen signifikanten Effekt auf die politischen Präferenzen der befragten Eliten hat.

Umgekehrt läßt sich jedoch in der oberen Hälfte der Tabelle 4 ein ausgeprägter Effekt des beruflichen Umfeldes auf die politischen Präferenzen der Eliten ausmachen: Wirtschaftseliten und Militäreliten bekennen sich überwiegend als Anhänger der Christdemokraten, während bei den Gewerkschaftseliten die SPD-Anhänger dominieren. In den übrigen Elitegruppen zeigt sich eine etwas ausgegorenere Verteilung der Parteipräferenzen. Dies kann sowohl bedeuten, daß politische Einstellungen für die Karriere irrelevant sind, als auch, daß gegenläufige politische Tendenzen sich innerhalb der verschiedenen Organisationen eines Sektors neutralisieren. Letzteres trifft vor allem auf die Verwaltungseliten und die Eliten in den Rundfunkanstalten zu (vgl. Hoffmann-Lange, 1986).

Tabelle 4:  
 Parteipräferenz der Nichtpolitiker in den Eliten und in der Bevölkerung  
 (Reihenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

Eliten	SPD	CDU/CSU	FDP
Verwaltung	35.4	43.4	21.3
Wirtschaft	10.0	75.7	14.2
Wirtschaftsverbände	2.6	79.6	17.8
Gewerkschaften	85.4	13.4	1.2
Massenmedien	21.3	55.2	23.6
Wissenschaft	21.7	54.3	23.9
Militär	3.0	84.8	12.1
Kultur	45.6	25.0	29.4
Sonstige	38.0	51.9	10.2
Insgesamt	26.5	55.7	17.8

Erwerbstätige Bevölkerung ab 40 Jahren, nach Berufsstatus

	SPD	CDU/CSU	FDP
Größere Selbständige	7.4	88.9	3.7
Kleinere Selbständige	9.6	84.6	5.9
Selbständige ohne			
Angestellte	22.0	61.6	16.4
Höhere Angestellte	37.5	51.6	10.9
Einfache Angestellte	38.2	50.6	11.2
Arbeiter mit			
Leitungsfunktion	54.2	41.9	3.9
Arbeiter ohne			
Leitungsfunktion	58.3	36.0	5.7
Insgesamt	41.6	49.5	8.9

Die Implikation der gefundenen globalen Verteilung der Parteipräferenzen in den Eliten ist offensichtlich. Dies ist, daß die SPD als die 1981 führende Partei in der Bundespolitik in einem sozialen Umfeld operieren mußte, das durch Eliten dominiert war, die lieber die Christdemokraten an der Macht gesehen hätten. Diese Unterrepräsentation der Sozialdemokraten in den Eliten – im Vergleich zur Bevölkerung – ist zudem ein beständiges Charakteristikum der Eliten in der

Bundesrepublik. Der Anteil der Befragten mit einer Präferenz für die SPD war nämlich in zwei vorausgegangenen Eliteumfragen 1968 und 1972 nur unwesentlich höher (33.9 % resp. 31.1 %).

Zusätzlich zur Frage nach der Parteipräferenz enthielt die Umfrage auch eine Reihe von Einstellungssitems, die es erlauben, Repräsentation auch im Hinblick auf einzelne politische Streitfragen zu untersuchen. Ein Vergleich der Einstellungen von Eliten und Bevölkerung<sup>5)</sup> zu 14 politischen Issues zeigt, daß die Einstellungen der Eliten weit mehr als die der Bevölkerung parteipolitisch polarisiert sind. Dies wird deutlich, wenn man die Differenzen der Skalenergebnisse zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten betrachtet<sup>6)</sup>. Die Befragten waren gebeten worden, die 14 Items nach dem Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer Skala von 1 bis 6 einzustufen, d. h. die maximale Skalendifferenz betrug 5. Die durchschnittliche Differenz zwischen den Mitgliedern resp. Anhängern der beiden Parteien beträgt 2.2 bei den politischen Eliten, 1.6 bei den übrigen Eliten und 0.5 in der Bevölkerung, wobei die Differenzen in allen drei Gruppen allerdings in dieselbe Richtung gehen. Die vier in den politischen Eliten umstrittenen Issues produzierten die in Tabelle 5 dargestellten Ergebnisse.

McClosky et al. (1960) haben aus ähnlichen Ergebnissen geschlossen, daß die Frage der Repräsentation eigentlich umgekehrt werden müßte: Statt zu fragen, wie gut die Eliten die Issue-Einstellungen ihrer Anhänger repräsentieren, sei die Frage angemessener, wie gut die Einstellungen der Bürger die Issue-Konflikte zwischen den Parteien reflektieren. Neuere Längsschnittstudien haben zusätzliche empirische Belege dafür erbracht, daß Konflikte über politische Streitfragen in der Regel auf der Elitenebene entstehen und sich in den Einstellungen der Bürger erst niederschlagen, nachdem die politischen Auseinandersetzungen darüber bereits eine Weile angedauert haben (Carmines und Stimson, 1986).

Über dieses Ergebnis einer größeren parteipolitischen Polarisierung politischer Einstellungen auf Elitenebene hinaus, das die Frage der Repräsentation auf den Kopf stellt, zeigen die Daten jedoch auch Unterschiede zwischen den politischen Präferenzen von Eliten und Wählern, die sich unabhängig von jeglicher Parteipolitik aus den verschiedenen Rollendefinitionen der beiden Gruppen ergeben. Die Wähler sind Konsumenten, die Eliten hingegen Produzenten politischer Entscheidungen. Als Konsumenten weisen die Wähler daher all jenen politischen Zielen eine hohe Priorität zu, die sie für persönlich relevant halten. Die letztendliche Vereinbarkeit dieser Ziele ist für sie von nur untergeordneter Bedeutung. Dies macht es möglich, daß sie an sich unvereinbaren Politiken eine gleich

5) Die Bevölkerungsdaten in Tabelle 5 stammen aus einer Umfrage, die Anfang 1982 durchgeführt wurde und identische Einstellungssitems wie die Elitenumfrage enthielt. Diese war ein Bestandteil des Forschungsprojektes "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981" und wurde zusätzlich durch die Fritz Thyssen Stiftung, Köln, gefördert.

6) D. h. der Parteipolitiker einerseits und der Anhänger dieser Parteien in den übrigen Eliten und in der Bevölkerung andererseits.

Tabelle 5:

Skalendifferenz zwischen CDU/CSU und SPD für die vier umstrittensten politischen Issues (1)

	Politische Eliten	Andere Eliten	Bevölkerung
Als Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollten auch private Sendeanstalten zugelassen werden	3.9	2.7	0.3
Die Gesamtschule sollte allgemein als eine Regelschule neben anderen eingeführt werden	3.8	2.7	1.0
Der Ministerpräsidentenerlass zur Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst sollte aufgehoben werden	3.5	2.3	0.8
Die betriebliche Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1976 ist unzureichend und sollte in den nächsten Jahren erweitert werden	2.9	2.6	0.7

(1) Politische Eliten: Parteipolitiker; Andere Eliten und Bevölkerung: Befragte mit Parteipräferenz für SPD bzw. CDU/CSU. Maximale Skalendifferenz: 5.

hohe Priorität zuschreiben. Ein häufig zitiertes Beispiel für diese Tendenz ist, daß die Bürger gelegentlich Steuererleichterungen und höhere Sozialleistungen gleichzeitig befürworten. Die Eliten können hingegen die Unvereinbarkeit verschiedener politischer Maßnahmen nicht ignorieren, da sie selbst diejenigen sind, die Prioritätsentscheidungen zu treffen haben bzw. die öffentlichen Haushalte ausgleichen müssen. Eliten tendieren daher dazu, gegenläufige Beziehungen zwischen Politiken zu erkennen.

Die beschriebene Differenz in den Rollendefinitionen von Eliten und Nicht-Eliten findet ihren Niederschlag in der Einstufung von politischen Zielen durch Eliten und Wähler. Die obere Hälfte von Tabelle 6 zeigt die Präferenzen der

Tabelle 6:

Politische Prioritäten von Eliten und Bevölkerung (Spaltenprozentwerte; fehlende Werte nicht berücksichtigt)

	Politische Eliten		FDP	Insg.	Bevölkerung (1)		FDP	Insg.
	SPD	CDU/CSU			SPD	CDU/CSU		
1. Relative Bedeutung von "Verminderung der Staatsverschuldung" und "Vollbeschäftigung":								
Verminderung der Staatsverschuldung wichtiger	0.8	43.1	52.0	24.8	16.9	20.1	15.1	18.5
beide gleich wichtig	9.8	33.3	12.0	20.7	50.4	61.4	54.2	54.4
Vollbeschäftigung wichtiger	89.3	23.6	36.0	54.4	32.7	18.5	30.7	27.1
2. "Angesichts der gegenwärtigen Staatsverschuldung sollte auch ein Abbau von Sozialleistungen in Betracht gezogen werden":								
Zustimmung	17.9	79.0	76.0	51.1	46.9	58.1	47.4	50.0
Ablehnung	82.1	21.0	24.0	48.9	53.1	41.9	52.6	50.0

(1) Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren

beiden Gruppen für zwei Einstellungsfragen: "Verminderung der Staatsverschuldung" und "Vollbeschäftigung". Diese beiden Ziele waren unabhängig voneinander einzustufen. Während mehr als die Hälfte der Befragten in der Bevölkerung beide Ziele als gleich wichtig einstufte, räumten fast 80 % der Eliten einem der Ziele Priorität ein.

Die untere Hälfte von Tabelle 6 zeigt demgegenüber, was passiert, wenn die Befragten ausdrücklich gebeten werden, eine Prioritätsentscheidung zwischen zwei konfligierenden Zielen vorzunehmen: "Angesichts der gegenwärtigen Staatsverschuldung sollte auch ein Abbau von Sozialleistungen in Betracht gezogen werden." Die Befragten in der Bevölkerung sind hier in zwei etwa gleich starke Gruppen gespalten, wobei die Parteipräferenz die Antworten kaum beeinflusst. Bei den politischen Eliten zeigt sich dagegen das klare parteipolitische Muster, das bereits bei der unabhängigen Einstufung zum Ausdruck kam. Diese Ergebnisse indizieren, daß die Prioritäten der Wähler nicht konsistent mit ihrer Parteipräferenz zusammenhängen und daher den Parteien auch keine klaren Verhaltensanweisungen liefern können. Stattdessen geben sie den Eliten einen erheblichen Entscheidungsspielraum.

Die bisherigen Analysen ergaben, daß die politischen Einstellungen der Eliten keinen Zusammenhang mit deren Klassenherkunft aufweisen und zugleich systematisch von denen der Bevölkerung abweichen. Dies läßt den Schluß zu, daß die Elitenrolle automatisch eine gewisse Unabhängigkeit der politischen Einstellungen der Eliten von sozialstrukturellen Determinanten impliziert. Putnam hat aus vergleichbaren Ergebnissen geschlossen, daß selbst nach Zufallsprinzip ausgewählte Eliten im Verlauf der Zeit politische Präferenzen entwickeln würden, die von denen der Bevölkerung abweichen (1976: 142).

Es ist allerdings ebenfalls offensichtlich, daß die politischen Einstellungen der Eliten eine soziale Schlagseite aufweisen, die mit ihrem sozialen Status zusammenhängt. In ihren Parteipräferenzen kommt ein deutliches Übergewicht zugunsten der bürgerlichen Parteien (CDU/CSU und FDP) zum Ausdruck. Da das Wahlverhalten in der Bundesrepublik andererseits immer noch deutlich durch sozialstrukturelle Faktoren beeinflusst wird, kann man die Parteipräferenzen sozialer Gruppen als eine Art generalisiertes Mandat an die Parteien interpretieren, die Interessen dieser Gruppe im politischen Raum zu vertreten. In diesem Sinne wird von der SPD die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erwartet, während die CDU/CSU und die FDP eher mit Wirtschaftsinteressen und den Interessen des Mittelstandes in Verbindung gebracht werden. Dies bedeutet, daß Arbeitnehmerinteressen in den nichtpolitischen Eliten deutlich unterrepräsentiert sind.

Dieses politische Übergewicht bürgerlicher Parteien läßt sich damit erklären, daß die Karriereeliten – insbesondere die Verwaltungs-, Medien-, Kultur- und Wissenschaftseliten – sozial als die oberste Gruppe des neuen Mittelstandes der Angestellten und Beamten angesehen werden können, die über eine lange Karriere in ihre gegenwärtige Position gelangt sind, und zwar in Organisationen, die



durch Mittelschichtwerte und -interessen geprägt sind. Dies wird durch die Zahlen in der unteren Hälfte von Tabelle 4 gestützt, die deutlich zeigen, daß der SPD-Anteil auch in der Bevölkerung mit zunehmendem Berufsstatus abnimmt. Kritische Sozialwissenschaftler haben daher gute Gründe für die Annahme, daß die Eliten eher Mittelschichtinteressen vertreten. Dies wird allerdings durch die Wahlergebnisse wieder etwas ausgeglichen, die SPD-Politiker in politische Machtpositionen bringen.

Wenn man versucht, aus den empirischen Ergebnissen Schlußfolgerungen für das Ausmaß vertikaler Integration in der Bundesrepublik zu ziehen, so läßt sich zunächst festhalten, daß den kritischen Sozialwissenschaftlern das Verdienst zukommt, auf Probleme der Repräsentation und der öffentlichen Kontrolle von Eliten in modernen Demokratien aufmerksam gemacht haben. Die Daten zeigen ferner, daß spezifische politische Präferenzen in der Bevölkerung so wenig ausgeprägt sind, daß sie den Eliten keine eindeutigen Direktiven zu vermitteln vermögen. Zugleich ergeben sie auch, daß die Eliten in ihrer sozialen Komposition, ihren Parteipräferenzen und ihren politischen Präferenzen deutlich von der Bevölkerung abweichen. Die beiden letzten Ergebnisse können nur teilweise auf den herausgehobenen politischen Status der Eliten zurückgeführt werden, sondern hängen ebenso sehr mit der sozialen Stellung der Eliten zusammen. Andererseits bestätigen die Ergebnisse jedoch nicht eine andere fundamentale Annahme kritischer Sozialwissenschaftler, nämlich die Existenz einer klaren sozialen und politischen Trennungslinie zwischen Eliten und Nicht-Eliten. Die Eliten weichen vielmehr nur graduell von der Oberen Mittelschicht ab.

Vieles spricht für die Annahme, daß diese Ergebnisse auch für andere entwickelte Demokratien gültig sind, auch wenn dazu bisher keine gesicherten empirischen Ergebnisse vorliegen. Schließlich bestehen in allen modernen Gesellschaften ungleiche Mobilitätschancen, und daraus ergibt sich zwangsläufig eine überproportionale Repräsentation von aus der Oberschicht und Oberen Mittelschicht stammenden Personen in den Eliten. Ebenso ist der soziale Status einer Person in allen Demokratien eine wichtige Determinante des Wahlverhaltens. Von daher ist zu erwarten, daß die Eliten überall disproportional ökonomisch konservative Parteien unterstützen.

### 5. Elitenintegration in der Bundesrepublik

Der folgende letzte Abschnitt soll sich schließlich mit der Frage der horizontalen Integration in der Bundesrepublik befassen. Dies betrifft eine Frage, die insbesondere den Pluralismustheoretikern, aber auch Dahrendorf am Herzen liegt. Dahrendorfs Elitetheorie beruht ja auf der Annahme, daß soziale Kohäsion eine wichtige Vorbedingung der Elitenintegration ist. Der Autor argumentiert, daß diese wiederum notwendig für die Existenz einer zugleich liberalen und effektiven Elite ist. Welches sind nun die Voraussetzungen hierfür? Eine Möglichkeit wäre eine geschlossene Elitenrekrutierung, die den Zugang zu den Eli-

ten auf die Angehörigen einer zahlenmäßig kleinen sozialen Gruppe beschränkt. Dies widerspricht jedoch den in entwickelten Gesellschaften tatsächlich vorherrschenden Rekrutierungsmustern, bei denen Qualifikation eine wichtigere Rolle als die soziale Herkunft spielt.

Dahrendorf, der die Unvereinbarkeit liberal-demokratischer Strukturen mit dem Monopol einer sozial homogenen Elite betont hat und demgegenüber stets für Chancengleichheit eingetreten ist, hat daher andere Faktoren in Betracht gezogen, die unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen Elitenintegration gewährleisten können. Gestützt auf angelsächsische Erfahrungen, spricht er sich für Institutionen einer homogenen Elitensozialisation aus. So argumentiert er, daß die Existenz einer kleinen Zahl von Bildungsinstitutionen, in denen die zukünftigen Eliten eine Sozialisation erhalten, die ihnen ein gemeinsames Wertesystem vermitteln und sie bereits frühzeitig in Kontakt miteinander bringt, die spätere Elitenkooperation erleichtert. Die Existenz exklusiver Privatschulen und Eliteuniversitäten sowohl in Großbritannien als auch in den USA macht diese in seinen Augen zu idealen Ausbildungsstätten für künftige Eliten. Von daher bedauert Dahrendorf den Mangel an solchen Einrichtungen in der Bundesrepublik.

Darüber hinaus diskutiert er einen weiteren Faktor, der seiner Meinung nach in der Lage ist, den Mangel an homogener Elitensozialisation zu kompensieren. Dies ist eine homogene professionelle Sozialisation, die darin besteht, zukünftigen Eliten eine breite Berufserfahrung angedeihen zu lassen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß eine solche umfassende Erfahrung die Entwicklung zum Generalisten fördert - im Gegensatz zum Spezialistentum, das eher für nachrangige Positionen angemessen ist. Vielfältige Berufserfahrungen vermitteln demnach den zukünftigen Eliten einen Einblick in eine Vielzahl von organisatorischen Kontexten und tragen gleichzeitig zur Elitenintegration aufgrund persönlicher Bekanntschaft bei, da viele Elitenmitglieder ehemalige Kollegen sind. Hierzu ist jedoch anzumerken, daß im Gegensatz zu Dahrendorf, der private Bekanntschaft für ein wichtiges Mittel der Elitenintegration hält, Mills auf die solchen Beziehungen innewohnenden Gefahren hingewiesen hat. Sie fördern nämlich zugleich die Entwicklung persönlicher Interessenbeziehungen unter den Eliten, die diese vom Rest der Gesellschaft absetzen (1956: 287 f.).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das dominante Muster amerikanischer Karrieren, nämlich der regelmäßige Wechsel zwischen Organisationen und Tätigkeitsbereichen, zur Elitenintegration beiträgt. Im Gegensatz dazu weisen die Eliten in der Bundesrepublik sehr viel spezialisiertere Karrieremuster auf. Mit Ausnahme der politischen Eliten sind Elitekarrieren hier überwiegend auf nur einen Sektor beschränkt (vgl. Hoffmann-Lange, 1985: 70ff.). Sowohl Dahrendorf als auch Scheuch (1966) halten die Bedeutung, die Fachkenntnissen im Vergleich zu allgemeinen Führungsfähigkeiten in der Bundesrepublik zugeschrieben wird, für problematisch. Beide haben argumentiert, daß dies in der Regel mit dem Glauben an die Möglichkeit 'objektiver' Lösungen für politische Probleme Hand

in Hand geht, der im Widerspruch zur Anerkennung der Existenz und Unvermeidlichkeit von Interessenkonflikten steht. Dies verleite wiederum zur Abgrenzung von allgemein akzeptierten 'Einflußsphären' unter den verschiedenen 'Expertengruppen', die ihre je eigene Sphäre eifersüchtig gegen jede Einmischung von außen verteidigen, während sie sich zugleich der Stellungnahme zu Themen außerhalb ihres eigenen Bereichs enthalten.

Angesichts der Heterogenität der sozialen Rekrutierungsbasis der bundesdeutschen Eliten und ihrer spezialisierten Karrieremuster charakterisierte Dahrendorf die Eliten der Bundesrepublik als 'Kartell der Angst' und stellte diese Elitenstruktur als negatives Gegenmodell dem Typ einer selbstbewußten, liberalen Elite gegenüber. Diese Charakterisierung widerspricht nun allerdings eindeutig der Annahme kritischer Sozialwissenschaftler, die davon ausgehen, daß alle westlichen Demokratien von 'Machteliten' beherrscht werden. Deren Vermutung stützt sich wiederum auf die These, daß das gemeinsame Interesse der Eliten an der Aufrechterhaltung ihres privilegierten Status und damit auch an der Aufrechterhaltung der herrschenden Machtverhältnisse allen anderen, möglicherweise konfligierenden Interessen übergeordnet sei. "Eliten sind Machteliten weil sie ihre Auffassung durchzusetzen vermögen und nicht weil sie das Fleisch auf dieselbe Weise tranchieren, dieselben Bücher lesen und denselben Theaterstücken applaudieren." (Jaeggi, 1969: 24). Diese Sichtweise geht davon aus, daß Elitenintegration eine automatische Folge der Interessengemeinsamkeiten der Eliten ist. Von daher halten die Machtelitentheoretiker es für überflüssig, die Frage der Elitenintegration zu thematisieren.

Wie so oft, läßt sich vermuten, daß die Wahrheit zwischen diesen Extremen zu suchen ist. Während man in der Tat davon ausgehen kann, daß die Eliten aufgrund ihrer herausgehobenen Position gezwungen sind, auch organisationsübergreifend miteinander zu interagieren, sind persönliche Bekanntschaft und etablierte informelle Verhaltensnormen, die die Beziehungen zwischen Organisationen regeln, für einen möglichst reibungslosen Ablauf von Entscheidungsprozessen mit Sicherheit hilfreich. Dahrendorf hat jedoch übersehen, daß homogene Elitensozialisation, breite Berufserfahrung und langjährige persönliche Bekanntschaft nur ein Weg sind, um die Einhaltung solcher Normen zu gewährleisten. Stattdessen ist wohl die Annahme gerechtfertigt, daß die Normen des Umgangs mit Repräsentanten anderer Organisationen zum Repertoire der Fähigkeiten gehören, die normalerweise im Rahmen einer Tätigkeit erworben werden. Dies ist vermutlich völlig ausreichend, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Eliten verschiedener Organisationen und Sektoren zu gewährleisten. Es gilt auch für Gesellschaften, in denen die Eliten hochspezialisierte Karrieren durchlaufen und keine persönlichen Berufserfahrungen in anderen Arbeitskontexten sammeln.

Zudem läßt sich argumentieren, daß die von Dahrendorf so geschätzten Me-

chanismen sogar dysfunktional sein können. Sie tragen nämlich dazu bei, die Entwicklung persönlicher Interessenverflechtungen und gegenseitiger Verpflichtungen in den Eliten zu fördern, die wiederum im Widerspruch zu Organisationsinteressen stehen. Es ist schließlich kein Zufall, daß kritische Sozialwissenschaftler ihr Urteil, daß moderne Gesellschaften von Machteliten dominiert werden, auf genau diese Indikatoren gestützt haben, die in ihren Augen die Loyalität der (progressiven) Eliten zu ihrer eigenen Organisationsbasis untergraben.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß das Ausmaß der Elitenintegration in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre nicht geringer war als das in anderen westlichen Demokratien mit wesentlich längerer demokratischer Tradition. Eine vergleichende Analyse von Elitennetzwerken in den USA, Australien und der Bundesrepublik ergab in allen drei Gesellschaften eine vergleichbare Interaktionsdichte und damit keine empirische Basis für die von Dahrendorf geäußerten Befürchtungen. Obwohl eine formale Machtposition die wichtigste Voraussetzung für einen prominenten Status in diesem Netzwerk ist, besteht das Netzwerk selbst aus informellen Kontakten mit anderen Akteuren. Man kann daher schließen, daß formale Regeln zwar die zugrundeliegende Struktur abgeben, in deren Rahmen die Interaktionen zwischen den Eliten stattfinden, daß diese jedoch überall durch informelle Regeln ergänzt werden, die eine Voraussetzung für effektives Entscheidungsverhalten sind und sich in einer stabilen Umgebung automatisch entwickeln.

Die Ergebnisse der vergleichenden Analyse der Elitennetzwerke in den drei Ländern finden sich in Tabelle 7. Die Daten, auf denen diese Analyse basiert, sind Nennungen von Gesprächspartnern, die die Befragten im Interview machten. In allen drei Studien wurde zunächst gefragt, mit welchem Thema sich die Befragten während der letzten Monate am intensivsten beschäftigt hatten. Danach wurden sie gebeten, ihre wichtigsten Gesprächspartner für dieses Thema zu benennen. Ausgangsbasis der Netzwerkanalyse war die Matrix aller Kontakte zwischen den Befragten und den von ihnen genannten Gesprächspartnern, wobei die letzteren vielfach selbst gar nicht zum Kreis der ursprünglich ausgewählten Inhaber von Elitepositionen gehörten. Das Analyseprogramm suchte dann innerhalb dieses größeren Netzwerks von Beziehungen nach Elitezirkeln, die sich durch eine relativ hohe Interaktionsdichte auszeichneten, d.h. nach Gruppen von Personen, die sich gegenseitig entweder direkt oder über nur wenige Mittelspersonen erreichen konnten. In allen drei Ländern ergab die Analyse die Existenz eines ziemlich kompakten, aus mehreren hundert Personen bestehenden zentralen Elitenzirkels<sup>7)</sup>. Die Ergebnisse in Tabelle 7 erweisen deutlich die zahlenmäßige Dominanz der politisch-administrativen Eliten und indizieren daher deren zentrale Bedeutung für die Elitenintegration.

7) Für detailliertere Beschreibungen dieser Analysen vgl. Higley et al., 1979; Higley und Moore, 1981; Hoffmann-Lange, 1989.

Tabelle 7:

Sektorkomposition der zentralen Elitezirkel in der Bundesrepublik, den USA und Australien

(Spaltenprozentwerte)

	Bundesrepublik	USA	Australien
Politik	37.6	50.2	27.2
Verwaltung	9.4	5.7	18.4
Wirtschaft (1)	25.3	16.3	20.8
Gewerkschaften	9.7	7.0	8.9
Massenmedien	10.0	7.5	8.1
Wissenschaft	5.6	7.5	9.8
Sonstige	2.4	5.7	6.7
Insgesamt (n)	340	227	418

(1) Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbände zusammengefasst

Weitergehende Analysen des amerikanischen Elitennetzwerks ergaben darüber hinaus, daß für die Kontakte zwischen den Elitemitgliedern instrumentelle Erwägungen wichtiger waren als soziale Nähe, d.h. ähnliche soziale Herkunft und gemeinsame Ausbildungsinstitutionen (Moore und Alba, 1982). Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß Dahrendorfs Elitetheorie auf der falschen Annahme beruht, daß soziale Homogenität eine universelle Voraussetzung für Elitenintegration ist.

Anthony Giddens hat demgegenüber diese beiden Variablen als unabhängig konzipiert und eine Elitentypologie entwickelt, die von der Dahrendorfschen abweicht. Diese basiert auf einer Kreuztabellierung der Faktoren 'Offenheit der Elitenrekrutierung' und 'Elitenintegration'. Giddens bezeichnet Eliten mit offener Rekrutierung, die gleichzeitig einen hohen Grad an Elitenintegration aufweisen als 'solidarische Eliten' oder 'Machteliten'. Dabei ist allerdings festzuhalten, daß sein Begriff der Machtelite frei von den weitergehenden Implikationen ist, die C. Wright Mills mit diesem assoziiert hat. In Giddens' Terminologie impliziert eine Machtelite lediglich einen hohen Grad von Machtkonzentration und daher oligarische Entscheidungsprozesse. Zwar ist es im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, diesen theoretischen Überlegungen weiter nachzugehen, aber Giddens' Elitentypologie kann als Hinweis darauf verstanden werden, daß die Eliteforschung dem Ausmaß der Konzentration von Macht und seinen demokratietheoretischen Implikationen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken sollte.

Im Hinblick auf das pluralistische Paradigma läßt sich daher schlußfolgern, daß der sozialen Homogenität und der beruflichen Sozialisation von Eliten vielfach eine zu große Bedeutung beigemessen wurden. Elitenintegration kann sich vielmehr auch unter sozial heterogenen und spezialisierten Eliten entwickeln. Die Ergebnisse erlauben es, die heutige Elite in der Bundesrepublik als 'etabliert' im Sinne Dahrendorfs zu bezeichnen.

Dennoch lag Dahrendorf vermutlich nicht so falsch mit seiner Charakterisierung der bundesrepublikanischen Eliten der fünfziger und frühen sechziger Jahre als 'Kartell der Angst.' Schließlich war er schon immer ein scharfer und kenntnisreicher Beobachter der politischen und sozialen Entwicklungen in Deutschland und stützte seine Schlußfolgerungen auf weit mehr als nur dürre Zahlen. Man kann jedoch kritisch anmerken, daß er den offensichtlichen Mangel an Elitenintegration auf die falschen Ursachen zurückgeführt hat. Dahrendorf machte mangelnde soziale Homogenität dafür verantwortlich, während es sehr viel plausibler ist, ihn in der geringen Erfahrung mit demokratischen Institutionen zu suchen.

Sowohl in der Weimarer Republik als auch in den frühen Jahren der Bundesrepublik waren die deutschen Eliten plötzlich mit neuen politischen Institutionen konfrontiert. Während Verfassungstexte die formalen Regeln politischer Entscheidungsfindung definieren, sind sie jedoch unzureichend, auch die praktische Funktionsfähigkeit eines politischen Systems zu sichern. Sie stellen lediglich das formale Gerüst dar, das nun mit Leben gefüllt werden muß. Um dies zu erreichen, müssen die politischen Akteure, d.h. die Eliten, erst informelle Regeln des Umgangs miteinander entwickeln. In einer solchen Situation sind zwei unterschiedliche Reaktionen denkbar. Die Beteiligten können versuchen, ihre eigenen Interessen rigoros durchzusetzen, um möglichst viele Vorteile aus einer zunächst nur unzulänglich strukturierten Situation zu ziehen. Sie können sich jedoch auch eher defensiv verhalten und versuchen, die ihnen zugefallene Macht einvernehmlich zu teilen.

Es ist offensichtlich, daß die beiden deutschen Demokratien sich hierin unterscheiden. Insbesondere die konservativen Eliten der Weimarer Republik wählten den ersten Weg. Sie versuchten rücksichtslos, ihre traditionelle Vorherrschaft wiederherzustellen und bekämpften daher die demokratischen Institutionen. Im Gegensatz dazu entschieden sich praktisch alle Eliten in den ersten Jahren der Bundesrepublik für den zweiten genannten Weg. Die Legitimität wie auch die effektive Machtposition der traditionellen, antidemokratischen Eliten war nunmehr entscheidend geschwächt, während die demokratischen Eliten sich sowohl moralisch im Recht fühlten, ihren Machtanteil einzufordern, als auch die Unterstützung der alliierten Besatzungsmächte genossen. Angesichts des Scheiterns traditioneller deutscher Politik waren sich alle Gruppen einig, daß es vordringlich war, die historischen Fehler zu überwinden und den demokratischen Institutionen dieses Mal eine echte Chance zu geben. Defensivem wurde daher der

Vorrang vor offensivem Verhalten gegeben. Gordon Smith, ein anderer Beobachter der deutschen Szene, hat diese Tendenz der frühen bundesrepublikanischen Eliten ebenfalls konstatiert. Seiner Einschätzung nach klammerten sie sich rigide an den neugefundenen politisch-gesellschaftlichen Konsens und versuchten, offene Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies führte zu einem beträchtlichen Konformitätsdruck, der wiederum eine paradoxe Situation erzeugte: "the liberal state lacking in the liberal spirit" (1986: 229).

Schließlich sollte noch die auffällige Verwandtschaft von Dahrendorfs 'Kartell der Angst' mit dem Konzept der Konkordanzdemokratie erwähnt werden. Dahrendorf hat sogar selbst explizit auf die Ähnlichkeit der Struktur der bundesrepublikanischen Elite mit der sozio-politischen 'Versäulung' (pillarization) in den Niederlanden hingewiesen (1965: 134, 304). Gleichzeitig wird Holland regelmäßig als eines der Hauptbeispiele für konkordanzdemokratische Strukturen genannt. Während jedoch andere Autoren die positiven Aspekte der Konkordanzdemokratie hervorgehoben haben, nämlich ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Stabilität demokratischer Strukturen in subkulturell fragmentierten Gesellschaften, weist Dahrendorf auf die negativen Begleiterscheinungen eines solchen Machtkartells hin. Dies sind Stagnation und fehlende Innovation. Sein demokratischer Idealtypus ist demgegenüber das mehr konfliktorientierte Westminster-Modell (vgl. Lijphart, 1984). Betrachtet man diese beiden Modelle als die Endpunkte eines Kontinuums konsens- bzw. konfliktorientierten Entscheidungsverhaltens, so wird die Bundesrepublik normalerweise etwa in der Mitte angesiedelt. Die Annahme, daß dies in früheren Jahren anders gewesen ist, scheint allerdings durchaus plausibel. Auch für die Niederlande ist ja seit den sechziger Jahren ein Rückzug der Versäulung und der Übergang von konkordanzdemokratischen Strukturen zu konfliktreicheren Entscheidungsprozessen konstatiert worden (Steiner, 1986: 204). Man kann daher vermuten, daß das hohe Ausmaß an politischer Stabilität, das die Bundesrepublik mit den sechziger Jahren erreicht hatte, einen vergleichbaren Wandel möglich machte (vgl. Smith, 1986: 232ff.).

#### Literatur

Baum, Rainer C., *The Holocaust and the German Elite*. London: Croom Helm 1981.

Best, Heinrich, Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867 - 1918. *Historical Social Research*, 13/1988: 5 - 74.

Beyme, Klaus von, *Die politische Elite in der Bundesrepublik*. München: Piper, 1971.

Carmines, Edward G. und James A. Stimson, On the Structure and Sequence of Issue Evolution. *American Political Science Review*, 80/1986: 901 - 20.

Dahl, Robert A., A Critique of the Ruling Elite Model. *American Political Science Review*, 52/1958: 463 - 69.

Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper, 1965.

Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, *Germany Rejoins the Powers*. Stanford: Stanford University Press, 1959.

Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, Roy C. Macridis und Richard L. Merritt, *France, Germany, and the Western Alliance*. New York: Scribner's, 1967.

Domhoff, G. William, *Who Rules America Now?* Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1983.

Edinger, Lewis J. und Donald Searing, *Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry*. *American Political Science Review*, 61/1967: 428 - 45.

Field, G. Lowell und John Higley, *Elitism*. London: Routledge & Kegan Paul, 1980.

Fischer, Fritz, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 - 1945*. Düsseldorf: Droste, 1979.

Giddens, Anthony, *Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp, 1979.

Herf, Jeffrey, *Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*. Cambridge: Cambridge University Press, 1984.

Herzog, Dietrich, *Politische Karrieren*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975.

Higley, John, Desley Deacon und Don Smart, *Elites in Australia*. London: Routledge & Kegan Paul, 1979.

Higley, John und Gwen Moore, *Elite Integration in the United States and Australia*. *American Political Science Review*, 75/1981: 581 - 97.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Structural Prerequisites of Elite Integration in the Federal Republic of Germany*. In: Gwen Moore (Hrsg.), *Research in Politics and Society*, Volume 1. Greenwich: JAI Press, 1985: 45 - 94.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Eliten zwischen Alter und Neuer Politik. Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland*. In: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986: 108 - 50.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Surveying national elites in the Federal Republic of Germany*. In: George Moyser und Margaret Wagstaffe (Hrsg.), *Research Methods for Elite Studies*. London: Allen & Unwin, 1987: 27 - 47.

Hoffmann-Lange, Ursula, *Positional Power and Political Influence in the Federal Republic of Germany*. *European Journal of Political Research*, 1989 (in Vorbereitung).

Keller, Suzanne, *Beyond the Ruling Class: Strategic Elites in Modern Society*. New York: Random House, 1963.



Lijphart, Arend, *Democracy in Plural Societies*. New Haven: Yale University Press, 1977.

Lijphart, Arend, *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press, 1984.

McClosky, Herbert, Paul J. Hoffmann, und Rosemary O'Hara, *Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers*. *American Political Science Review*, 54/1960: 406 - 27.

Miliband, Ralph, *The State in Capitalist Society*. New York: Basic Books, 1969.

Mills, C. Wright, *The Power Elite*. New York: Oxford University Press, 1956.

Moore, Gwen und Richard D. Alba, *Class and Prestige Origins in the American Elite*. In: Peter V. Marsden und Nan Lin (Hrsg.), *Social Structure and Network Analysis*. Beverly Hills: Sage, 1982: 39 - 60.

Nagle, John D., *System and Succession. The Social Bases of Elite Recruitment*. Austin: University of Texas Press, 1977.

Putnam, Robert D., *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1976.

Scheuch, Erwin K., *Führungsgruppen und Demokratie in Deutschland*. *Die Neue Gesellschaft*, 13/1966: 356 - 70.

Scheuch, Erwin K., *Abschied von den Eliten*. In: Claus Grossner, Hans-Hermann Münchmeyer, Arend Oetker und Carl Christian von Weizsäcker (Hrsg.), *Das 198. Jahrzehnt*. Hamburg: Christian Wegner Verlag, 1969: 305 - 22.

Scheuch, Erwin K., *Soziologie der Macht*. In: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*. *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, N. F., Band 74/II. Berlin: Duncker & Humblot: 989 - 1042.

Schleth, Uwe, *Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis?* In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Band 2. München: Olzog, 1971: 99 - 118.

Smith, Gordon, *Democracy in Western Germany*. 3rd edition. New York: Holmes & Meier, 1986.

Steiner Jürg, *European Democracies*. New York: Longman, 1986.

Steinkemper, Bärbel, *Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Heymanns, 1974.

Wildenmann, Rudolf, Max Kaase, Ursula Hoffmann-Lange, Albrecht Kutteroff und Gunter Wolf, *Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981*. Mannheim: Universität Mannheim, 1982.

Zapf, Wolfgang, *Wandlungen der deutschen Elite*. München: Piper, 1965.